



SAARLAND

LANDES JOURNAL

GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Vom Freund und Helfer zum Feind und Gegner

Am 16. 1. 2011 befasste sich die ZDF-Sendung Mona Lisa mit der Thematik Gewalt gegen Polizeibeamte. Unsere beiden GdP-Kollegen Andreas Rinnert und Florian Müller waren die „Hauptdarsteller“ des Films und schilderten in beeindruckender Weise die Einsatzlagen, bei denen sie glücklicherweise nur leicht verletzt wurden.

Bereits am 28. 10. 2010 hatte sich der Direktor der Landespolizeidirektion, Paul Haben, in der Union Stiftung Saarbrücken in einem umfassenden Vortrag mit der Überschrift „Vom Freund und Helfer zum Feind und Gegner“ der Thematik gewidmet. Unter anderem ging Paul Haben auf die Definition des strafrechtlichen Begriffs „Widerstand“ ein, er beleuchtete das Lagebild Bundesrepublik und das Lagebild Saarland. Die Gewalt bei Fußballspielen wurde ebenso angesprochen wie die Gewalt bei Demons-

trationen. Außerdem wurden die wichtigen Fragen nach der derzeitigen Sanktionspraxis und möglichen Gesetzesänderungen aufgegriffen.

In dieser Ausgabe wollen wir das Interview, das in der Fernsehsendung Mona Lisa mit dem Landesvorsitzenden Hugo Müller geführt wurde, veröffentlichen. Außerdem wollen wir auch nochmals die wesentlichen Ergebnisse der KFN-Studie 2010 darstellen.

Das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte wird uns weiter beschäftigen, weil es aufgrund der steigenden Zahl an Übergriffen aktuell bleiben wird. Wir sollten Verletzungen von Kolleginnen und Kollegen auch nicht klaglos hinnehmen und uns ständig bei den politisch Verantwortlichen zu Wort melden. Wir sind nicht die „Fußbatreter der Nation“. Wir sorgen für Sicherheit und Ordnung in diesem Staat und dürfen erwarten, dass der Staat uns dabei effektiv unterstützt und schützt.

Interview mit dem GdP-Landesvorsitzenden Hugo Müller in der Sendung Mona Lisa am 16. 1. 2011

ZDF: Herr Müller, wie bewerten Sie die Studie „Gewalt gegen Polizeibeamte“ des kriminologischen Forschungsinstituts in Niedersachsen?

Überraschen Sie die Ergebnisse?

Hugo Müller: Wir wissen schon lange, dass die Gewalt gegen Polizeibeamte und -beamtinnen bundesweit dramatisch zugenommen hat. Alleine im Saarland hat sie sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Bekannt ist auch, dass es sich überwiegend um junge Täter zwischen 18 und 25 Jahren handelt, die häufig unter Alkoholeinfluss stehen. Dass diese Erfahrungen jetzt auch bundesweit statistisch und empirisch belegt wurden, ist gut, aber nicht überraschend.

ZDF: Wo liegen die Gründe für die massive Zunahme an Gewalt gegenüber Polizisten?

Müller: Wichtige Gründe sind neben fehlender Erziehung die Tatsache, dass Kinder nicht mehr in Vereinen ihre Kräfte erproben und ausreizen, sondern eher

vor dem Computer sitzen und Gewaltspiele konsumieren. Das führt dazu, dass Kinder nicht mehr in der Lage sind, mit kritischen Situationen kommunikativ umzugehen. Auf der anderen Seite führen Arbeitslosigkeit und mangelnde schulische Erfolge bei Jugendlichen und Heranwachsenden dazu, dass sie Erfolge an anderer Stelle suchen und sich gegen die Staatsgewalt wenden.



Hugo Müller

Foto: GdP

ZDF: Warum sind Streifenpolizisten überdurchschnittlich häufig betroffen?

Müller: Streifenpolizisten sind als erste an einem Tatort, repräsentieren die Staatsgewalt vor Ort. Im Gegensatz zu Großdemonstrationen, wo die Einsatzkräfte vorbereitet und mit Schutzausstattung ausgerüstet sind, kommt es bei den alltäglichen Einsatzgeschehen zu weitaus gefährlicheren Situationen. Da kommt die Gewaltanwendung völlig überraschend und unvorbereitet. Die Konsequenzen sind häufig schwere Verletzungen.

ZDF: Wie verarbeiten die Beamten, die Opfer von Gewalt werden, das Erlebte? Können sie das so einfach wegstecken?

Fortsetzung auf Seite 2



Paul Haben

Foto: LPD



Fortsetzung von Seite 1

Müller: Junge Kolleginnen und Kollegen denken oft, sie müssen stabil sein, wollen sich Gefühle nicht anmerken lassen und versuchen, Ängste zu verstecken. Nach den Einsätzen besprechen wir natürlich in den Dienstgruppen und den Kommissariaten das Erlebte. Irgendwann hat man dann das Gefühl, man hat es verarbeitet.

Aber es gibt Kolleginnen und Kollegen, bei denen erst Jahre später posttraumatische Wirkungen wie Schlafstörungen oder psychosomatische Auswirkungen auftreten. Das kann zu Dienstunfähigkeit und vorzeitigem Ruhestand führen, obwohl der eigentliche Auslöser schon Jahre zurückliegt.

ZDF: Was müsste aus Sicht der GdP dringend in der Nachsorge passieren?

Müller: Ich halte sehr viel davon, dass die Dienstgruppe die Erstbetreuung vornimmt. Ich würde mir aber auch wünschen, dass bundesweit eine professionelle Betreuung durch einen psychosozialen Dienst, bestehend aus qualifizierten Psychologen und Medizinern, erfolgt. Bei uns werden momentan Pfarrerinnen und Pfarrer in der Nachsorge eingesetzt. Das ist aber nicht die beste Lösung.

ZDF: Was ist Ihre Forderung an die Politik, um die Gewalt einzudämmen?

Müller: Zum einen sollte man sich mit der Frage Alkoholverbot für Jugendliche beschäftigen und über ein Abgabeverbot für Tankstellen und Gaststätten nachdenken. Denn 70% bis 80% der Täter, die gewaltbereit sind, stehen unter Alkoholeinfluss. Alkohol wirkt enthemmend und als Katalysator. Zudem fordern wir eine massive Strafverschärfung bei Gewalt gegen Polizisten. Nach der bisherigen Regelung nach Paragraph 113 Strafgesetzbuch hat man bei Widerstand gegen einen Polizisten mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren zu rechnen. Im Gegensatz dazu wird das Beschädigen eines Funkstreifenwagens mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren geahndet. Da sind die Relationen völlig verschoben. Eine Verschärfung von zwei auf drei Jahre, wie jetzt passiert, ist der Rede nicht wert und wird überhaupt keine Konsequenzen haben.

ZDF: Fast ein Drittel der Strafverfahren wird eingestellt. Woran liegt das?

Müller: Meist steht eine Grundstrafat, etwa ein Einbruchdiebstahl, eine Trunkenheitsfahrt oder eine Körperverletzung im Rahmen einer Schlägerei im Raum. Das Delikt der Widerstandshandlung gegen einen Polizisten kommt dann in Verbindung mit einer versuchten oder gar vollendeten Körperverletzung.

Das Ganze wird tateinheitlich bewertet und führt oft dazu, dass das Delikt mit der geringeren Strafandrohung eingestellt wird. Das ist ein Problem des Systems und der Strafandrohung. Die eigentliche und richtige Konsequenz wäre, das Strafmaß bei solchen Angriffshandlungen deutlich zu erhöhen.

Wer gegen einen Polizisten oder eine Polizistin die Hand hebt, muss bestraft werden. Und wer dabei die Polizistin oder den Polizisten massiv verletzt, muss hinter Gitter.

ZDF: Welches Strafmaß fordert die GdP?

Müller: Unsere Forderung ist eindeutig: eine deutlich höhere Freiheitsstrafe als Strafandrohung. Im Fall einer Verlet-

Gewalt gegen Polizeibeamte

Fälle von Widerstand im Saarland

2001	181
2002	253
2003	276
2004	370
2005	319
2006	399
2007	354
2008	412
2009	412

Landespolizei Saarland

6

zung sollte eine so genannte Mindeststrafe von drei Monaten eingeführt werden.

Die KFN-Studie 2010

Im Frühjahr 2010 hatte das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen in Kooperation mit zehn Bundesländern, darunter auch dem Saarland, online eine Befragung von 20938 Polizeibeamten durchgeführt. Von diesen Beamten haben in den Jahren 2005 bis 2009 12,9% mindestens einen Gewaltübergriff erlebt, der eine mindestens eintägige Dienstunfähigkeit zur Folge hatte. Diese Beamten wurden gebeten, detaillierte Angaben zum schwersten Übergriff zu berichten. Den Auswertungen zu diesen Täterangaben liegen Antworten von 2603 Beamten zugrunde, die entsprechend viele Übergriffe geschildert haben. Zu beachten ist, dass alle Merkmale zu den Tätern, die für Auswertungen herangezogen werden, einzig aus der Perspektive der Polizeibeamten erhoben wurden. Es handelt sich damit um subjektive Einschätzungen, wobei davon auszugehen ist, dass die Beamten um größtmögliche Objektivität ihrer Angaben bemüht gewesen sein dürften. Da das Kriterium der Schwere der Tat für die Auswahl des detailliert zu berichtenden Übergriffs zentral war, stellen die Befunde kein repräsentatives Bild zu allen Gewaltvorfällen dar, die zu einer Dienstunfähigkeit geführt haben. Nachfolgend werden zehn zentrale Befunde zu den Tätermerkmalen dargestellt.

1. Die Täter von Gewalt gegen Polizeibeamte handeln meist allein, sie sind in der großen Mehrheit männlich und sie sind durchschnittlich jüngeren Alters.

Bei fast drei Viertel aller Übergriffe auf Polizeibeamte, die zu einer Dienstunfähigkeit geführt haben, handelten die Täter allein (74,8%); männliche Täter dominieren dabei klar mit 92,9%. Zudem

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe unseres Landesteils ist der 14. März 2011.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Saarland

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

zeigt sich, dass sechs von zehn Tätern (59,3%) unter 25 Jahre alt waren.

2. Zwei von fünf Gewalttätern haben eine nichtdeutsche Herkunft. Insbesondere Personen aus Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie türkische Täter bzw. Täter aus anderen islamischen Ländern treten überproportional häufig in Erscheinung.

Von allen berichteten Tätern hatten laut Angaben der Polizeibeamten 37,8% eine eindeutig benennbare nichtdeutsche Herkunft.

3. Das zweithäufigste Motiv für Angriffe auf Polizeibeamte ist aus Sicht der Beamten Feindschaft gegenüber der Polizei bzw. dem Staat. Bei nichtdeutschen Tätern findet sich dieses Motiv häufiger als bei deutschen Tätern. Zudem hat sich gerade der Anteil der auf dieses Motiv zurückgehender Angriffe über die Jahre hinweg erhöht.

Die Beamten gaben an, dass sie in 37,8% der Fälle beim Täter bzw. bei den Tätern vermuteten, dass sie den Übergriff ausgeführt haben, um sich der Festnahme zu entziehen. In 30,5% der Fälle, und damit als zweithäufigstes Motiv, wurde die Feindschaft gegenüber der Polizei bzw. dem Staat genannt.

4. Sowohl in der PKS als auch in der Befragung der Polizeibeamten zeigt sich, dass der Anteil unter Alkoholeinfluss verübter Angriffe seit 2005 gestiegen ist.

Laut PKS wurden im Jahr 2005 62,8% der Widerstandshandlungen gegen die Staatsgewalt unter Alkoholeinfluss verübt, im Jahr 2009 waren es bereits 66,1%. In der Befragung zeichnet sich eine vergleichbare Entwicklung ab: Die Beamten, die Übergriffe aus dem Jahr 2005 berichteten, gaben in 67,7% der Fälle an, dass der oder die Täter unter Alkoholeinfluss standen, Beamte, die Übergriffe aus dem Jahr 2008 berichteten, bestätigten dies für 76,8% der Fälle; für 2009 ist ein leichter Rückgang auf 70,0% der Fälle festzustellen. Im Bereich der Gewalttaten gegen Polizeibeamte liegt damit der Anteil unter Alkoholeinfluss begangener Taten sogar noch höher als bei den in der PKS registrierten, allgemeinen Widerstandshandlungen. Ein ansteigender Trend unter Alkoholeinfluss handelnder Täter ist insbesondere bei Übergriffen im Rahmen von familiären Streitigkeiten zu beobachten.

5. Zwei Drittel der Angriffe werden von Personen begangen, die bereits polizeibekannt sind.

Die PKS zeigt ebenso wie die Angaben der Beamten, dass in der Mehrheit der Fälle die Täter in irgendeiner Weise bereits polizeiauffällig waren. Nach der PKS 2009 beträgt die Quote der bereits früher als Tatverdächtige registrierten Personen 69,8%, im Jahr zuvor lag sie bei 65,7%. Die Beamten, die einen Übergriff mit nachfolgender Dienstunfähigkeit erlebt haben, bestätigten in 64,8% der Fälle, dass mindestens ein Täter polizeilich bereits in Erscheinung getreten ist.

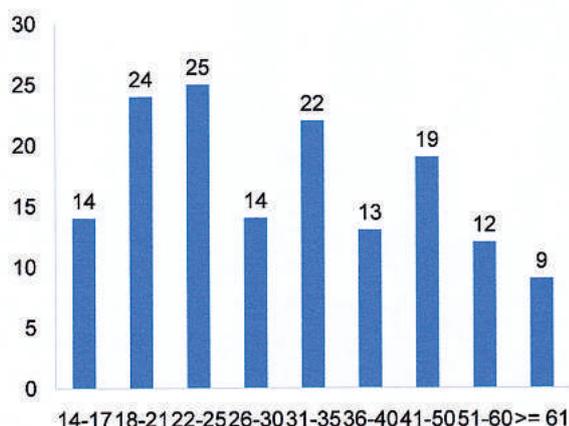
6. Die Dauer der Dienstunfähigkeit nach einem Übergriff sowie das Vorliegen einer Verdachtsdiagnose auf eine Posttraumatische Belastungsstörung sind in Teilen abhängig von Merkmalen der Täter.

So steigt die Dauer der Dienstunfähigkeit, wenn ein Täter mit Tötungsabsicht gehandelt hat. Eine solche Absicht erhöht zugleich das Risiko, dass eine Belastungsstörung ausgebildet wird. Ebenfalls als problematisch hinsichtlich der physischen (Dienstunfähigkeitsdauer) und psychischen (Belastungsstörung) Folgen sind Übergriffe einzustufen, in denen es zu Hinterhaltsituationen kam.

Fortsetzung auf Seite 4

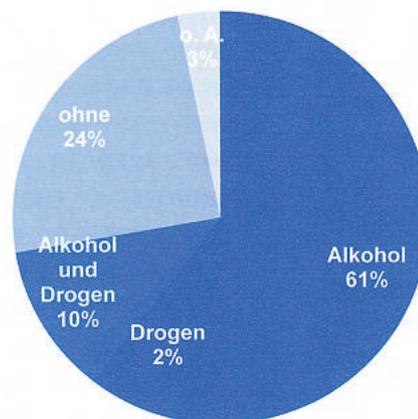
Gewalt gegen Polizeibeamte

Altersstruktur der Tatverdächtigen



Gewalt gegen Polizeibeamte

Beeinflussung der Tatverdächtigen durch...



GEWALT GEGEN POLIZEIBEAMTE

Fortsetzung von Seite 3

7. Trotz erfolgten Übergriffs gelingt es in der deutlichen Mehrheit der Fälle die polizeiliche Maßnahme durchzuführen und den Täter unmittelbar festzunehmen.

In 80,9% aller Fälle erfolgte die Festnahme des Täters bzw. der Täter unmittelbar nach dem Übergriff. In weiteren 11,1% der Fälle gelingt dies später. Nur in 11,0% der Fälle ist der Täter weiterhin flüchtig bzw. unbekannt.

8. In fast neun von zehn Fällen wird gegen die Täter ein Strafverfahren durchgeführt. Dabei existieren keine Unterschiede zwischen verschiedenen Tätergruppen.

Wenn die Täter festgenommen bzw. ermittelt worden sind, findet gegen sie in

86,7% der Fälle auch ein Strafverfahren statt.

9. Fast jedes dritte Strafverfahren gegen die Täter wird eingestellt. Die Beamten äußern sich darüber mehrheitlich unzufrieden. Auch wenn es zu einer Bestrafung des Täters gekommen ist, erklären sich die Beamten mit der Höhe der Strafe mehrheitlich nicht einverstanden.

Werden die Auswertungen auf jene Fälle beschränkt, in denen den befragten Beamten der Verfahrensausgang bekannt ist (z. B. ohne noch nicht abgeschlossene Verfahren), dann zeigt sich, dass etwa jedes dritte Strafverfahren eingestellt worden ist (30,8%). Selbst bei Übergriffen, bei denen es zu sieben Tagen und mehr Dienstunfähigkeit gekommen ist, finden sich zu 27,1% Verfahrenseinstellungen.

10. Personen, die im Rahmen von Demonstrationen Übergriffe ausführen,

stellen eine besondere Tätergruppe dar.

Übergriffe während Demonstrationen unterscheiden sich von Übergriffen in anderen Situationen erheblich, wie u. a. folgende Befunde belegen: 1. Der Anteil an Gruppentaten ist hier am höchsten; 2. Im Rahmen von Demonstrationen werden von den Tätern am häufigsten Waffen eingesetzt; 3. Ein zentrales Übergriffsmotiv ist die Feindschaft gegenüber Polizei und Staat; 4. Die Täter locken die Beamten am häufigsten in Hinterhaltsituationen; 5. Bei jedem vierten Übergriff im Rahmen von Demonstrationen wird den Tätern Tötungsabsicht unterstellt.

Anmerkung der Redaktion:

Wir danken dem Direktor der Landespolizeidirektion, Paul Haben, für das umfangreiche Datenmaterial, das wir auszugswise verwendet haben.

FRAUENGRUPPE**„Es sollte kein Problem mehr sein“**

Ein Bericht von Anneka Schneider über den Besuch des Vorstandes der Frauengruppe der GdP des Saarlandes beim Innenminister Stephan Toscani am 31. 1. 2011

Vor ca. einem Jahr wurde der Vorstand der Frauengruppe neu gewählt. Nach der „Findungsphase“, in der die wichtigsten Themengebiete bestimmt wurden, war es nun an der Zeit, die gewerkschaftliche Arbeit aufzunehmen und den Versuch zu machen, in diesen Bereichen Veränderungen zu bewirken.

Bei dem Gespräch mit Innenminister Toscani, zu dem nicht nur er selbst, sondern auch der Leiter Abteilung D, Wolfgang Klein, und dessen Stellvertreter, gleichzeitig Leiter des Referates D 4, Michael Forster, erschienen, ging es vordergründig um drei Themenbereiche:

Die Situation der Tarifbeschäftigten in der saarländischen Polizei (weitestgehend Frauen), die Optimierung der Beurteilung bzw. der Beurteilungsrichtlinien sowie den Hauptaspekt: die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Hierbei ist anzumerken, dass sich nicht nur die 520 GdP-Frauen vertreten fühlen dürfen, sondern alle Frauen und Männer, welche nicht nur Dienst im Dienst, sondern auch Dienst an der Gesellschaft verrichten, indem sie sich für Kinder entscheiden bzw. sich um ihre Kinder oder auch pflegebedürftige Angehörige kümmern.

Es sollte nicht so sein, dass ich mich bei meinem Vorgesetzten dafür entschuldigen oder gegenüber meinen Kollegen/Innen ein schlechtes Gewissen haben muss, da ich einen „Ausfall“ verursache. Diese Dinge sollten, auch nach Meinung des Ministers, kein Problem mehr sein!

„Da rennen sie bei mir offene Türen ein“ – waren die Worte von Herrn Toscani, der hierzu anführte, dass er es befürwortet, dass der/die Vorgesetzte der jeweiligen familiären Situation wohlwollend Rechnung trägt!

Als Lösungsansätze zur Verbesserung wäre zum Beispiel ein Führungskräfte-seminar, welches nicht nur rechtliche, sondern auch Verhaltensgrundlagen behandeln sollte, wünschenswert; hier könnte die Führung eines Rückkehrgespräches Thema sein.

Denkbar wäre auch das Erstellen einer Handlungsanleitung, anhand derer sich die/der Einzelne über rechtliche Grundlagen, Rechte und Pflichten oder auch auftretende Probleme und Lösungstipps informieren kann. Das Vorhandensein eines „Elternzeitorders“, der die wichtigsten Neuerungen enthält, wäre bereits eine gute Unterstützung beim Wiedereintritt in den Dienstalltag.

Es gibt im gesamten Bundesgebiet bereits zahlreiche Lösungsansätze, auch für das „Problem Kinderbetreuung“ – das Rad muss, wie so oft, auch hier nicht neu erfunden werden.

Als wichtigster Punkt konnte sich die Frauengruppe mit dem Minister darauf verständigen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem im Hinblick auf Schwangerschaft, Elternzeit und Teilzeitarbeit Beachtung in der AG „Polizei 2020“ bzw. der zukünftigen Personalplanung findet – damit der Dienstherr sowohl der einzelnen Person in ihrer familiären Situation als auch den dienstlichen Belangen gerecht werden kann.



Die Gesprächsrunde im Innenministerium
Foto: Birgitt Schick



FRAUENGRUPPE

Bezüglich dem Thema Beurteilung wurde von der Frauengruppe kritisiert, dass es hier augenscheinlich immer noch mehr um Quantität anstatt um Qualität geht. Es darf, auch nach der herrschenden Gesetzeslage, nicht danach beurteilt werden, wie viel Prozent der Zeit jemand zum Dienst erscheint, sondern wie gut der Dienst verrichtet wird. Hier würde die Installierung von BU- bzw. Beförderungsrichtlinien eine Möglichkeit bieten, mehr Gerechtigkeit zu schaffen. Die Einführung einer zwischen Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigten sowie Frauen und Männern unterscheidenden Statistik wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll.

Auch scheint es, nicht nur im Hinblick auf Beurteilungen, immer noch notwendig, Führungsverantwortliche im Hinblick auf Gender-Kompetenz (zur Erläuterung: das Wahrnehmen der Unter-

schiedlichkeit zwischen Mann und Frau und die gleichstellungsorientierte Bearbeitung dieses Faktors) zu beschulen. Eine Frau muss kein „besserer“ Mann sein, um eine gute Polizistin sein zu können.

Bezüglich der Situation der Tarifbeschäftigten ging es zunächst um das Problem der Wiederaufstockung der Stundenzahlen, was einen langen bürokratischen Aufwand nach sich zieht. Hier wurde zumindest die Unterstützung der Betroffenen zugesichert.

Das Thema der Förderung von Fortbildungsmaßnahmen durch den Vorgesetzten konnte schnell abgehandelt werden. Der Abteilungsleiter Herr Klein wird diesen Punkt in die, in den nächsten Tagen stattfindende, Behördenleiterbesprechung einbringen.

In diesem Zusammenhang war die Höhergruppierung von Tarifbeschäftigten,

auch im Hinblick auf die Erweiterung des Betätigungsfeldes, ebenfalls Diskussionspunkt. Die Verfahren dauern, auch nach Meinung des Referatsleiters Herrn Forster, viel zu lange. Hier könnte durch eine Zentralisierung der Personalbearbeitung Abhilfe geschaffen werden.

Eine Bearbeitung dieses Themas in der AG „Polizei 2020“ ist vorgesehen.

Am Ende des Gespräches hatten wir, der Vorstand der Frauengruppe, übereinstimmend das Gefühl, dass unsere Anliegen Gehör gefunden haben. Wir hoffen nun, dass sich die Bereitschaft des Ministers zu einem „breiten Dialog mit den Gewerkschaften“ für uns auszahlt.

Für mehr Informationen über die einzelnen Themen und Lösungsvorschläge unsererseits wird in den nächsten Tagen ein Artikel auf der Homepage der GdP Saarland eingestellt.

Anzeige

ISRAEL
Eine Reise durch das Heilige Land

Donnerstag 2.6. 2011 bis
Donnerstag 9.6. 2011

Reisepreis: 1299,- €
pro Person im DZ
EZ-Zuschlag 280,- €
Linienflug mit EL AL
Frankfurt - Tel Aviv und zurück.

GdP-Seniorenreise 2011
GdP-Senioren aus Baden-Württemberg,
Rheinland Pfalz und Saarland
wieder auf gemeinsamer Fahrt

Leistungen:
Linienflug mit der EL AL (Frankfurt - Tel Aviv - Frankfurt) Transfer Flughafen - Hotel - Flughafen
7 x Übernachtung mit Halbpension in guten Mittelklassehotels (1 Übernachtung in Tel Aviv, 2 Übernachtungen am See Genezareth, 4 Übernachtungen in Jerusalem)
Rundreise im landestypischen Reisebus
Deutschsprachiger, qualifizierter, landeskundiger Reiseführer während der gesamten Reise
Eintritte und Besichtigungen lt. Programm
Bootsfahrt auf dem See Genezareth
Gepäckträgergebühren am Flughafen und in den Hotels auf Basis 1 Gepäckstück pro Person
Reiseleitung PSW ab und bis Frankfurt

Anmeldeschluss: 31. März 2011
Anmeldung: PSW-Reisen GbR
Eberdingen-Hochdorf: 07042-879-225, 223,
Fellbach: 0711-5788186,
Mainz: 06131-9600923

Rundreise:
1. Tag: Tel Aviv
2. Tag: Ceasarea – Haifa – Tiberias – See Genezareth
3. Tag: Nazareth
4. Tag: Beth Shean – Jerusalem
5. Tag: Jerusalem
6. Tag: Jerusalem
7. Tag: Totes Meer
8. Tag: Heimreise
Rundreise durch Israel in einem modernen landestypischen Reisebus mit deutsch sprechendem Reiseführer.
Bootsfahrt auf dem See Genezareth, Halbpension. Sie besuchen nicht nur die „Heiligen Stätten“ sondern lernen auch Land und Leute kennen und baden im Toten Meer.
Fordern Sie unsere detaillierte Ausschreibung an.

Bitte fordern Sie für alle Reisen unsere detaillierten Reiseausschreibungen an.

Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN

Sozialwerk der GdP-Saarland
Kaiserstr. 258
66133 Saarbrücken
Tel. 0681-841240
psw-saarland@gdp-online.de



Neuordnung des Ausgleichssystems für Wechsel- und Schichtdienstleistende

Das Bundesministerium des Innern hatte für den 19. Januar 2011 neben dem Deutschen Beamtenbund auch den DGB-Bundesvorstand zu einem Fachgespräch zur Neuordnung des Ausgleichssystems für Wechselschicht- und Schichtdienst nach Berlin eingeladen. Für die Gewerkschaft der Polizei nahm unser Kollege Sven Hüber (Vorsitzender des Bundespolizei-Hauptpersonalrates beim Bundesministerium des Innern) teil.

Aus der Einladung konnte entnommen werden, dass das BMI prüft, ob das bisherige Ausgleichssystem der heutigen Schichtdienstwirklichkeit noch gerecht ist. So erfüllen moderne Schichtmodelle oft nur die Anforderungen an Schichtdienst, weshalb Belastungen anders als beim „klassischen“ Wechselschichtdienst ausgeglichen werden. Hierzu wurden durch das BMI mögliche Eckpunkte für die Neuordnung des Ausgleichssystems aufgeführt.

Wesentliche Vorschläge waren:

- Vereinheitlichung und Vereinfachung der Vorschriften
- Berücksichtigung aller modernen Schichtmodelle und dem Schichtdienst vergleichbarer Modelle mit erheblich wechselnden Dienstzeiten
- Ausrichtung des Zulage- und Zusatzurlaubsumfanges an den tatsächlichen Belastungen
- Erhöhung des Zusatzurlaubes im Schichtdienst
- Umsetzung des BVerwG-Urteiles vom 26. 3. 2009 zur Teilzeitbeschäftigung (Reduzierung der Voraussetzungen und des Umfanges von Ausgleichsmaßnahmen proportional zum Beschäftigungsumfang)

Zur Vorbereitung des Fachgespräches wurden dem GdP-Verhandlungsführer Sven Hüber die nachfolgenden und intern abgestimmten saarländischen Eckpunkte zur Verbesserung des Zulagewesens übersandt:

- Mindestens Auszahlung Wechselschicht/Schichtzulage auf Bundesniveau
- Beibehaltung der Wechselschicht/Schichtzulage; keine Einrechnung in DUZ
- Zahlung der Wechselschicht/Schichtzulage auch für Beamte auf Widerruf im Vorbereitungsdienst

- Einführung einer Zulage für Erschwernisse unterhalb des Niveaus für Spezialeinheiten; pauschalierte Einsatzabgeltung für bedarfsorientierte Einsatzdienste, mobile Einheiten wie BFE, E-Züge, etc.)
- Anpassung der Erschweriszulage bei den Spezialeinheiten MEK und SEK (SL-Zulage beträgt gegenwärtig 153,39 €)
- Schicht- und Wechselschichtdienst muss sich finanziell mehr lohnen; Orientierung an einem Betrag von 5,- € DUZ bei besonders belastenden Bedingungen (z. B. Nachtdiensten an Wochenenden, Feiertagen)
- Grundsätzliche Beibehaltung der DUZ-Bezugszeiten
- Verbesserte Regelungen für ältere PVB (ab 50 Jahre) z. B. weniger Ü-Schichten und weitere Zusatzurlaubsregelungen
- Berücksichtigung moderner Schichtmodelle/flexibler Dienstzeitmodelle im Zulagewesen
- Wiederaufnahme der Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage (31. 12. 2010 in SL ausgelaufen) mit gleichzeitiger Dynamisierung

In dem Positionspapier des DGB, welches zum Fachgespräch mit dem BMI gefertigt worden ist, sind auch diese saarländischen Eckpunkte berücksichtigt.

Im Ergebnis stellt der DGB fest, dass die vorgelegten Eckpunkte des BMI begrüßenswert sind, aber noch nicht ausreichen. Hier fordert der DGB die Bundesregierung auf, rahmenrechtliche Regelungen zu finden, die bei den Schicht- und Einsatzdienst leistenden Beamten im Bund und den Ländern unbeschadet des Föderalismus gleiche Mindeststandards gewährleisten.

Der Mindeststandard des Ausgleiches von Gesundheit ist nicht föderalisierbar.

Wie sieht der weitere Zeitplan auf Bundesebene aus?

Nach einem weiteren gemeinsamen Fachgespräch zwischen BMI und den Spitzen- und Fachverbänden soll bis Ostern 2011 eine abschließende Bilanz gezogen werden.

Danach wird dann unter Berücksichtigung der Vorabstimmung ein Referen-

tenentwurf erstellt, der dann in die Ressort- und Verbändeabstimmung gegeben werden soll.

Was kann dies für die Neugestaltung des Zulagewesens im Saarland bedeuten?

Nachdem im Saarland mit Wirkung vom 1. 4. 2009 ein neues Saarländisches Beamtenrecht in Kraft getreten ist, müssen jetzt (bis Ende 2011) weitere Reformschritte im Besoldungsrecht und schließlich auch im Versorgungsrecht erfolgen.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind die politischen Aktivitäten der GdP Saarland zu dem Thema Zulagewesen zurückgestellt, da zunächst mit oberster Priorität die Gesamtproblematik der Schuldenbremse mit ihren massiven finanziellen Auswirkungen in den öffentlichen Dienst berücksichtigt werden müssen.

Deshalb ist es wichtig die „saarländischen Eckpunkte“ in die Fachgespräche über den DGB mit einzubringen, weil diese eine Vorbildfunktion (Leuchtturmfunktion) für zukünftige Regelungen in den Arbeitszeitvorschriften bzw. den Erschweriszulagenverordnungen der Länder haben werden.

Zusammenfassung der bisherigen GdP-Aktivitäten im Zulagewesen

Ostern 2009: GdP-Aktion „Unsere Arbeit ist mehr wert!“

Im Rahmen der Dienststellenbesuche in der Osternacht wurde ein intern entwickelter Forderungskatalog verteilt.

Juli 2009: Sitzung des GdP-Vorstandes und den Mitgliedern des Innenausschusses, wo das Thema auf der Grundlage des GdP-Forderungspapieres dargestellt wurde.

Die Erwartungshaltung der GdP wurde formuliert und die Fraktionen wurden gebeten, das Thema fraktionsintern aber auch besonders mit den Haushaltsverantwortlichen der Fraktionen zu besprechen.

Dezember 2009: Zusammenfassung der GdP-Forderungen für die Delegierten des Landesdelegiertentages.

Februar 2010: Sitzung des GdP-Landesvorstandes in Lebach. Mit dem neuen saarländischen Innenminister Stephan



WAS TUT SICH IM ZULAGEWESEN?

Toscani wurden die GdP-Forderungen im Bereich des Zulagewesens besprochen. Herr Minister Toscani zeigte sich aufgeschlossen gegenüber den Forderungen und sagte eine Beteiligung der GdP bei der Neugestaltung des Zulagewesens zu.

1. Quartal 2010: Besuch von GdP-Kreisgruppen und zahlreicher Dienstgruppen in den Polizeidienststellen zur Präzisierung des Forderungskataloges.

April 2010: Diskussionsforum auf dem Landesdelegiertentag „Zulagewesen – was tun?“ Dort wurde beschlossen, dass der GdP-Vorstand eine „Verhandlungsoption“ in der konkreten Ausgestaltung des Zulagewesens hat.

1. September 2010: Gesprächsrunde GdP mit dem Behördenleiter des LKA zur Thematik Zulagen Spezialeinheiten. Dieser sagte eine Unterstützung bei der Anpassung dieser speziellen Zulage zu.

September 2010: Bei der Vertrauensleutetagung in Lebach wurden konkrete Rechenbeispiele dargestellt, wie sich die jeweiligen GdP-Forderungen im Haushaltsplan des Saarlandes unter Titel 42201 auswirken würden.

Info

Im Saarland sind gegenwärtig

- 1096 Polizeivollzugsbeamte und 24 Tarifbeschäftigte Wechselschichtdienstzulage-berechtigt
- 266 Polizeivollzugsbeamte Schichtdienstzulage-berechtigt
- 86 zulagenberechtigte Polizeivollzugsbeamte für Spezialeinheiten

Oktober 2010: GdP-Gesprächsrunde mit dem Abteilungsleiter D im MiFE, Herrn Wolfgang Klein, der ebenfalls eine Verbesserung bei der Neuordnung für erforderlich hält.

Die bisherigen Aktionen wurden von Ralf Porzel und Wolfgang Schäfer koordiniert. Gegenwärtig sind uns im Saarland keine Aktivitäten bekannt, die eine Neuordnung des Zulagewesens zum Ziel hätten. Ihr könnt jedoch aus den zuvor geschilderten „saarländischen Aktivitäten“ entnehmen, dass wir unvermindert an diesem Schwerpunktthema arbeiten und unsere Forderungen Bestandteil einer Bundesregelung werden können, die dann „Leuchtturmfunktion“ für die Länder haben.

Wolfgang Schäfer

Mit Leib und Seele

1984 – nein nicht der Roman von George Orwell, sondern das Jahr, in dem ich gemeinsam mit Lothar Seel und anderen in die saarländische Polizei eingestellt worden bin. Die Zeit vergeht ... Heute herrscht draußen unangenehmes Winterwetter, als mir viele Gedanken durch den Kopf gehen. Es ist so eine Phase, in der man in sich kehrt, nachdenkt und oft in Erinnerung schwelgt. Einer dieser Gedanken begibt sich dann auf die Reise in den März des vergangenen Jahres, als mein Einstellungs- und Stubenkollege Lothar Seel verstorben ist. Schlagartig wird mir mal wieder bewusst, wie die Zeit verrinnt und man sich ruck, zuck im alten Trott befindet. Ich denke so für mich, dass seit diesem traurigen Ereignis schon fast ein Jahr vergangen ist und die saarländische Polizei einen Polizeibeamten, der mit „Leib und Seele“ für diesen Beruf gestanden hatte, verloren hat. In Gedenken an Lothar Seel.

Markus Summa

Anzeige

Das Original an der Saar!

BLAULICHT MILIEU PARTY

BLAULICHTSZENE SAARLAND

FREITAG, 8. APRIL 2011

Einlass ab 22.00 Uhr | VVK: 5 Euro | AK: 7 Euro

Bier, Mixery: 2,00 Euro Longdrinks: 1,50 Euro

Drivers Corner

Karten und weitere Infos erhältst Du bei:
GdP-Geschäftsstelle | 0681 84124-10
oder per Mail: karten@blaulichtszene.de

Sponsoren:



KG SAARBRÜCKEN-STADT



Am 5. Dezember 2010 feierte Wolfgang „Icke“ Scheid seinen 70. Geburtstag. Gesund und putzmunter empfing er seine Gäste, darunter viele seiner ehemaligen Kollegen und Weggefährten. Zu den Gratulanten gehörten natürlich der Landesvorsitzende Hugo Müller sowie der Ehrenvorsitzende der GdP, Dietmar Hünnefeld. Wolfgang und Dietmar arbeiteten über Jahre in der Ausbildungshundertschaft und später in der PD Mitte zusammen. Wir wünschen unserem treuen Mitglied Wolfgang für die Zukunft viel Glück und Gesundheit.

Hugo Müller

Neujahrsempfang der Senioren

Unser Neujahrsempfang fand am 20. Januar in der AWO Altenkessel in gemütlicher Atmosphäre statt. Der Hausherr Hans Ferber begrüßte die Gäste, unser Kreisgruppenvorsitzender Jens Berner begrüßte die Mitglieder mit Crémant und unser Ehrenvorsitzender Dietmar Hünnefeld nahm die Totenehrung vor und nannte stellvertretend für die Verstorbenen unseren zuletzt von uns gegangenen Freund Walter Riga, dessen Frau Emmi zu uns gekommen war. Gerhard Schmolze, der den Part „Aktivprogramm der Senioren“ detailliert vortrug, machte besonders auf die aktuellen Dinge wie Änderung der Beihilfeordnung und Thema „Wohnen im Alter“ aufmerksam. Wer von den Kolleginnen und Kollegen mehr GdP-Informationen zu diesem Thema haben möchte, der findet diese über die Navigationsleisten der GdP-

Homepage (www.gdp-saar.de) Untergliederungen/Personengruppe/Seniorengruppe/Wohnen im Alter. Der direkte Link lautet:

www.gdp.de/gdp/gdpsl.nsf/id/DE_Wohnen_im_Alter.

GdP-Bildungsbeauftragter Ralf Porzel war Ansprechpartner für angebotene Seminare des Landesbezirks. Neben Kalendern und den nachträglichen Weihnachtspräsenten konnten die Kollegen sich mit Fachmaterial eindecken. Kollege Jens Berner gratulierte unserem treuen Mitglied Josef Welsch für 60-jährige Mitgliedschaft. Frau Marion hatte drei Kuchen gebacken und zum Abendessen Kartoffelsalat mit Wienern vorbereitet, sodass unsere Zusammenkunft in freundschaftlicher und froher Runde ein spätes Ende nahm.

Hans Ferber

KREISGRUPPE SAARPFALZ

Jahresmitgliederversammlung 2010

Am Mittwoch, dem 20. 1. 2011, fand wie in den letzten Jahren, im Sportheim in Rohrbach die Jahresmitgliederversammlung der GdP, Kreisgruppe Saarpfalz, unter Beteiligung von zahlreichen Mitgliedern statt

In seinem Bericht ging der erste Vorsitzende Gerd Kopp auf die Arbeit der Kreisgruppe im vergangenen Jahr ein. Insbesondere der überaus erfolgreiche Landesdelegiertentag 2010 wurde herausgestellt.

Weitere Themenschwerpunkte waren die Beurteilungsrunde 2010 und die anstehende Umstrukturierung der Polizeiorganisation in der AG 2020.

Weiterhin wurden die Vorstandssitzungen der Kreisgruppe und das Treffen unserer Senioren im Frühjahr 2010, sowie die große Mitgliederzahl in der Kreisgruppe von derzeit 147 aktiven Mitgliedern und 44 Senioren, (insgesamt 193 Mitglieder) angesprochen.

Unser Landesvorsitzender Hugo Müller begrüßte dann zunächst die steigenden Mitgliederzahlen im Landesverband, die sich im Moment auf einem Rekordhoch befinden und die sinkende Austrittsquote von nur 1,7%.

Außerdem erwähnte er die steigende Nachfrage und die damit verbundenen steigenden Kosten der Rechtsschutzabteilung der GdP, die jedes Mitglied in Anspruch nehmen kann.

Hugo Müller lobte erneut den Generationenpakt und stellte anhand von aktuellen Zahlen dar, wie sich dieser auf das Beförderungsbudget auswirkt.



V. l.: Gerhard Kopp, Hansi Knerr, Hugo Müller

Bezüglich der Organisationsreform Polizei AG 2020 berichtete Müller, dass die Kommission ihre Vorschläge bereits ausgearbeitet hat, sie aber erst, nachdem die Haushalts- und Strukturkommission des Saarlandes ihre Arbeit abgeschlossen hat, im Mai dieses Jahres dem Innenminister vorgelegt werden.

Er erläuterte auch die sogenannte „Schuldenbremse“ und bezeichnete sie als „Unwort des Jahres 2010“.

Kurz sprach er auch die anstehende Tarifrunde im Jahr 2011 an.

Im Bereich Ehrungen sollte in diesem Jahr Stephan Stärkle für 25 Jahre Mitgliedschaft geehrt werden. Karl-Heinz Gräber, Johannes Knerr und Lydia Jung für 40 Jahre Mitgliedschaft und Jürgen Wolf für 50 Jahre Mitgliedschaft in der GdP.

Leider war es nur Johannes Knerr möglich, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen und daher konnte nur er in diesem Rahmen geehrt werden.

Abschließend wünschte der Vorstand der KG Saarpfalz allen Mitgliedern und ihren Familien einen guten Start in das Jahr 2011.

Andreas Gerlich

